

Neuanfang in Bad Bellingen

Rehaklinik SANKT MARIEN soll Pflegeheim werden

Die nach ihrer Privatisierung in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Rehaklinik Sankt Marien soll in ein Wohn- und Pflegeheim für Senioren umgewandelt werden. Carsten Schack, neuer Geschäftsführer der Bad Bellingener Klinik, bestätigte einen entsprechenden Bericht der Badischen Zeitung. Der Rehabetrieb sei bereits eingestellt, sagte er. „Wir haben keine Ärzte mehr hier.“

Für die Mitarbeiter des einst kirchlichen Betriebs, den 2011 eine private Holdinggesellschaft übernommen hat, ist der angekündigte Neuanfang ein Hoffnungsschimmer. Klinikangestellte mussten in den vergangenen Monaten immer wieder auf ihren Lohn warten. Nun sei es „Priorität Nummer eins“, die möglicherweise ausstehenden Gehälter zu zahlen, sagte Schack. Durch den Verkauf eines Grund-

stücks sein Liquidität vorhanden. Die anderen Immobilien der Bad Bellingener Klinik sollen an die Firma SWB Wohnstift aus Bühl verpachtet werden, die laut EZ rund drei Millionen Euro investieren will.

Carsten Schack, der nach eigenen Angaben seit Dienstag neuer Klinikchef ist, hält einen Minderheitsanteil an der Deutschen Kliniken Holding. Diese Gesellschaft mit Sitz in Hamburg hat 2011 neben der Rehaklinik Sankt Marien auch die Hochrhein-Eggberg-Klinik in Bad Säckingen übernommen. Die kommunalen und kirchlichen Verkäufer zeigten sich dabei sehr großzügig. Dennoch führte die Privatisierung nicht zum Erfolg. Die Bad Säckinger Klinik musste im Juni 2013 Insolvenz anmelden und später ihren Betrieb einstellen. Die Staatsanwaltschaft Mannheim ermittelt in dem Fall. **DAG**

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 wirbt die Bundeswehr gezielt bei 17-Jährigen für den Soldatenberuf. Die Adressen erhält sie von den Meldebehörden. Der Runder Tisch „Schulfrei für die Bundeswehr“ kritisiert, dass viele Kommunen nur unzureichend auf die Möglichkeit hinweisen, der Datenweitergabe zu widersprechen.

SIGRUN REHM

„In der Darstellung der Bundeswehr erscheint der Soldatenberuf als großes Abenteuer“, sagt Hagen Battran, der den Runden Tisch „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ 2010 in Freiburg gegründet hat. Er agiert unter dem Dach der gleichnamigen Kampagne mit Sitz in Stuttgart und versammelt rund 15 Aktive, darunter Mitglieder von Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Freiburger Friedensforum, Terre des Hommes und Rüstungsinformationsbüro. Die Gefahr, im Auslandseinsatz getötet zu werden, die Möglichkeit, selbst töten zu müssen, die wachsende Zahl posttraumatischer Belastungsstörungen – all das werde den Jugendlichen in den Infobroschüren der Bundeswehr nicht deutlich genug vor Augen geführt.

„Das halten wir für ein Übel“, sagt Battran (70), der 35 Jahre Lehrer am Geschwister-Scholl-Gymnasium in Waldkirch war und bis 2008 zwölf Jahre südbadischer GEW-Bezirkschef. Die Werbung Minderjähriger sei rechtens, widerspreche aber dem Geist der UN-Kinderrechtskonvention.

„Das Anschreiben des Personenkreises entspricht unmittelbar unserem verfassungsrechtlichen Auftrag“, sagt ein Sprecher der Bundeswehr in Köln und verweist auf Artikel 87a des Grundgesetzes und völkerrechtliche

Jugendliche im Visier

Freiburger Friedensinitiative kritisiert Art der DATENWEITERGABE an die Bundeswehr



Großes Abenteuer, Bürgerpflicht oder Ursache schwerer Schuld und Traumata? Der Einsatz von Bundeswehrosoldaten – wie hier im Dezember 2013 in Masar-i-Scharif in Afghanistan – ist umstritten. FOTO: DPA

Vorgaben. Dazu gehören, dass Jungendoffiziere in Schulen gehen und Karriereberater auf Messen um Rekruten werben. „Dass die Werbemaßnahmen auch auf unter 18-Jährige abgestimmt sind, ist selbstverständlich, da die Entscheidung zum Diensttritt im jungen Erwachsenenalter fällt“, so der Sprecher.

Die Rechtmäßigkeit der Werbepaxis stellt der Runder Tisch auch nicht in Abrede, allerdings kritisiert er, dass viele Kommunen die jungen Frauen und Männer unzureichend auf ihr Recht aufmerksam machen, der Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr zu widersprechen. „Freiburg ist dabei kein leuchtendes Beispiel“, sagt Hagen Battran. Kleingedruckt, als fünfter von sechs Punkten erscheint der knappe Text unter der Überschrift „Veröffentlichung und Übermittlung von Einwohner- und Meldedaten“ im August im Amtsblatt der Stadt. Weder wohin man seinen Widerspruch zu richten hat, noch welcher Geburtsjahrgang jeweils betroffen ist, wird aufgeführt. Auch ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung weit vom Ende der Einspruchsfrist am 31. März entfernt.

„Dies ist nicht geeignet, die Minderjährigen zu erreichen“, sagt Battran. Andere Kommunen seien hier weiter, sagt er und nennt Merzhausen als Beispiel. Auch Lorrach und Müllheim weisen deutlich klarer und ausführlicher auf das Widerspruchsrecht hin.

Neideck verspricht
deutlichere Hinweise

Zu Jahresbeginn hat der Runder Tisch nun zum zweiten Mal in einem Brief den zuständigen Ersten Bürgermeister in Freiburg, Otto Neideck, auf die Mängel hingewiesen – und diesmal eine vielversprechende Antwort erhalten. Künftig wolle man zusätzlich Anfang Januar sowie auf der Homepage der Stadt auf das Widerspruchsrecht aufmerksam machen, die Überarbeitung des Online-Formulars und „gezielte Pressearbeit“ seien geplant. Battran wertet dies als Erfolg, bleibt aber skeptisch: „Nun wollen wir sehen, ob das umgesetzt wird.“

Tatsächlich rekrutiert hat die Bundeswehr nach eigenen Angaben in den ersten drei Jahren nach Aussetzen der Wehrpflicht über 3000 Minderjährige. Das

Anzeigen-Budget wurde von 3,8 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 20,7 Millionen Euro 2013 aufgestockt, wie die Bundesregierung im März auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion mitteilte. Für die Nachwuchswerbung seien dieses Jahr 35,3 Millionen Euro vorgesehen.

Um dem etwas entgegenzusetzen, ist der Runder Tisch auf ehrenamtlich Engagierte angewiesen. Am 15. Juni, 19 Uhr, findet im DGB-Haus, Hebelstraße 10, Freiburg, das nächste Treffen statt. Die Mitglieder unterstützen die „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in Baden-Württembergischen Schulen“, die Kultusministerium und 17 Organisationen im Oktober 2014 unterzeichnet haben. Sie ist quasi das friedensbewegte Pendant zur Kooperation zwischen Land und Bundeswehr, die die Grundlage der Schulbesuche von Jugendoffizieren bildet. „Wir wollen die Politik der Regierung mit einer wachsenden Zahl von Militäreinsätzen im Ausland in Frage stellen“, sagt Hagen Battran, der selbst inzwischen drei Mal in Schulen Vorträge zur friedlichen Konfliktlösung gehalten hat.

KURZ GEFASST

SÜDBADEN

Lkw-Maut auf weiteren Straßen fällig

Von kommendem Monat an kommen bundesweit 44 weitere Abschnitte von Bundesstraßen hinzu, auf denen der Lkw-Verkehr Maut zahlen muss, einige davon auch in Südbaden. In Freiburg wird künftig die B31 vom Schützenallectunnel bis nach Kirchzarten gebührenpflichtig, so wie es schon länger die Weiterführung von der westlichen Innenstadt nach Umkirch ist. Von Waldkirch aus führt die B294 übergehend in die B3 bis zum Industriegebiet Nord in Freiburg, auch diese Strecke wird künftig bemautet. In Lorrach kommt die B317 im Abschnitt Lorrach/Lorrach Mitte hinzu, im Osten noch die B27 zwi-

schigen Bad Dürrheim und Donaueschingen. Wer bereits ein sogenannte On Board Unit im Fahrzeug hat, muss sich nicht weiter kümmern. Ab Oktober allerdings trifft die Maut nicht mehr nur die Betreiber großer Brummis, sondern auch so manchen Handwerker – denn dann gilt die Maut für Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen. **DS**



Ab Oktober müssen Lkw schon ab 7,5 Tonnen zahlen. FOTO: DPA